

Gesteuerte Bürgerinitiativen

Über Jahrzehnte haben Konzerne verschiedene Strategien entwickelt, um ihre Interessen gegenüber der Politik durchzusetzen. Laut Transparency International gibt es kein Land in Europa, in dem der Lobbyismus so gut funktioniert wie in der Bundesrepublik. Doch der bisher übliche Lobbyismus in Brüssel, Berlin oder anderswo stößt an seine Grenzen, wenn Unternehmen mit zivilgesellschaftlichem Widerstand konfrontiert sind, wie er sich etwa gegen Großprojekte wie Straßen, Bahnhöfe, Flughäfen, Gentechnik etc. formiert.

Zunehmend fordert die Zivilgesellschaft nicht nur rechtsstaatlich korrekte und legale Entscheidungen ein, sondern auch gerechte und legitime. Unternehmen und Politik setzt das unter großen öffentlichen Druck. Als eine Reaktion weiten auch Konzerne und deren PR-Agenturen ihre Handlungsfelder in den zivilgesellschaftlichen Bereich aus, der bisher vor allem den Sozialen Bewegungen vorbehalten war. Und die Unternehmen tun dies häufig verdeckt.

Öffentlichkeitswirksame Proteste werden inzwischen von InvestorInnen oder ProjektentwicklerInnen einkalkuliert. Es wird nicht mehr nur versucht, diese zu verhindern oder zu ignorieren. Vielmehr ist es das Ziel, „Argumente zu managen“, Proteste zu übertönen oder zu neutralisieren – jedenfalls wird aktiv versucht, die Meinungshoheit im öffentlichen (Diskurs-) Raum zu erobern.

„Bürger für Technik“ schreiben Leserbriefe für die Atomindustrie, unterstützt von der „Kerntechnischen Gesellschaft“. Der Klimawandel wird von „Experten“ geleugnet, deren Theorien auf Studien der US-Ölindustrie basieren. Die „Gesellschaft für Straßenbau“ unterstützt Bürgerinitiativen bei Umgehungsstraßen und sorgt dafür, dass „engagierte Unternehmen“ Millionenaufträge erhalten... Dabei kommt den Unternehmen und ihren Agenturen entgegen, dass Interessen in der modernen Gesellschaft weit ausdifferenziert sind. Neue Technologien und Vorhaben stoßen deshalb tatsächlich bei kleineren oder größeren Gruppen auf Akzeptanz – eine Gruppe von Befürwor-

terInnen findet sich meist. Dies machen sich Unternehmen zunutze, indem sie derartige Gruppen unterstützen oder gar initiieren. Konzerne und PR-Agenturen nutzen außerdem aus, dass zivilgesellschaftliche Aktionsformen (Bürgerinitiativen, Unterschriftensammlungen etc.) per se ein positives Image besitzen – wessen Interessen damit vertreten werden, ob sie selbstlos sind und dem Gemeinwohl dienen, wird selten hinterfragt.

Diese neuen Unternehmensstrategien werden bisher weder von betroffenen „echten“ Bürgerinitiativen, noch von JournalistInnen und Medien ausreichend ernstgenommen und analysiert. Deshalb sollen sie auf der Tagung „Wenn Konzerne den Protest managen“ behandelt werden. Neben der Aufklärung über diese Prozesse, in denen ökonomische Interessen mit den Mitteln der Zivilgesellschaft durchgesetzt oder unterstützt werden sollen, geht es darum, erfolgreiche Gegenstrategien zu beleuchten und bekanntzumachen.

Daniel Häfner, Cottbus

Echter Protest gegen Stuttgart 21



Foto: Grodotzki jib collective



Einladung!

Foto: Sabine Löwenthal

Kommen Sie am 26. September zu unserer Konferenz nach Berlin: „Wenn Konzerne den Protest managen“

„Lassen Sie uns in Ruhe drüber reden!“

Warum Unternehmen den Dialog suchen

Wussten Sie, dass Sie ein Stakeholder sind? Ein Mitglied einer Anspruchsgruppe? So werden Sie von Unternehmen und Projektträgern gesehen, die etwa eine Straße oder eine Stromtrasse bauen, ein Fracking-Gebiet erschließen oder ein Atommüll-Lager einrichten wollen.

Stakeholder ist der Schlüsselbegriff eines vorherrschenden, durch die Wirtschaftswissenschaften geprägten Denkmodells. Es liefert eine Strategie für den Umgang mit Protest – meist mit dem Ziel, ihn einzudämmen und Akzeptanz für das eigene Vorhaben zu schaffen. Häufig wird in diesem Zusammenhang auch von Vertrauen gesprochen, das fehlt und folglich hergestellt werden müsse – und könne.

Das Panorama, das StrategInnen der Unternehmens-PR entwerfen, sieht so aus: Die herkömmliche Art der Planung strittiger Projekte lief weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Das funktioniert heute – dank einer selbstbewussten und gut informierten Zivilgesell-

schaft – immer schlechter. Massenproteste, Gerichtsverfahren, Imageschäden und zeitliche Verzögerungen des Projekts sind die Folge. Es läuft nicht rund – und das kostet Zeit, Geld, Reputation und Nerven. Das Gegenmittel heißt Stakeholder-Management.

Frühzeitig wird erhoben, wer genau mit welchen Argumenten einem Vorhaben in die Quere kommen könnte. VertreterInnen dieser Gruppen werden in Dialoge eingebunden. Dies übernimmt in der Regel keine öffentliche Stelle, sondern der Vorhabenträger gleich selbst. Ihm verschafft der Stakeholder-Dialog wichtige Vorteile: Er lernt seine KritikerInnen näher kennen, kann deren Stärken und Schwächen besser einschätzen und eine zielgruppenspezifische Kommunikationsstrategie entwickeln. Die KritikerInnen werden beschäftigt, so dass sie für ihren Protest auf der Straße weniger Zeit haben. Sie müssen sich mit den Dialogangeboten auseinandersetzen und lassen sich dadurch mitunter spalten – in die, die mitreden und die, die das nicht tun.

Das Unternehmen gibt sich modern, offen und dialogbereit, was gerade auch in der Medienöffentlichkeit gut ankommt. Wer nicht am Dialog teilnehmen will, wird hingegen schnell als Verweigerer abgestempelt.

Pro-Kampagne „I love S21“

Die Kommunikationsstrategie kann darauf abzielen, die Bedeutung einer Protestbewegung zu relativieren und ihre Legitimität zu untergraben. Hier schlägt die Stunde der Pro-Initiativen, die – mal offen, mal verdeckt – im Sinne des Vorhabenträgers aktiv werden – von „Ja zu Fra“ für den Frankfurter Flughafen über „I love S21“ für den unterirdischen Stuttgarter Bahnhof bis hin zum Verein „Pro Lausitzer Braunkohle“. Die Unternehmens-PR nutzt die Glaubwürdigkeit zivilgesellschaftlicher AkteurInnen aus. Pro-Initiativen helfen einem Unternehmen, sich selbst in der Rolle des Moderators zu inszenieren, der ausgleichend zwischen verschiedenen Interessengruppen

pen wirkt. Eigene kommerzielle Interessen rücken dadurch elegant in den Hintergrund.

Gegenmaßnahme: Für Transparenz sorgen

Wie können AktivistInnen für Umwelt und Menschenrechte damit produktiv umgehen? Eine Maßnahme: für Transparenz sorgen, PR-Strategien analysieren und kontern. Deshalb organisiert ROBIN WOOD zusammen mit LobbyControl,

der Linken Medienakademie und klimaretter.info die Tagung „Wenn Konzerne den Protest managen“.

ROBIN WOOD hat gute Erfahrungen damit gesammelt, nach öffentlichkeitswirksamen und konfrontativen Aktionen ein ergebnisorientiertes Gespräch mit Unternehmen selbst zu initiieren, um die eigene Agenda umzusetzen. Entscheidend für den Erfolg solcher Gespräche ist vor allem eins: politischer Druck, der durch kraftvolle, kreative Proteste

und Kampagnen aufgebaut wird. Das bedeutet: Offenheit für Gespräche, nicht jedoch für vorgefertigte Dialoge zur Akzeptanzbeschaffung.

Anstatt ein Spiel nach unfairen Spielregeln mitzumachen, stellen wir die Regeln besser selbst auf.

Ute Bertrand, ROBIN WOOD-Pressesprecherin, freut sich, Sie und Euch bei der Tagung am 26.9.15 in Berlin zu treffen. Kontakt: Ute.Bertrand@robinwood.de

ROBIN WOOD lädt ein!

Tagung: „Wenn Konzerne den Protest managen“

Veranstalter: ROBIN WOOD zusammen mit Lobbycontrol, Linke Medienakademie und klimaretter.info

Wann: Samstag, den 26. September, 10:00-18:30 Uhr

Wo: Humboldt-Universität Berlin

Eintritt gratis, Spenden erwünscht!

Mit über 30 Workshops und Vorträgen rund um aktuelle Methoden, mit denen Konzerne versuchen, Protest zu managen.

Stichwort: Astroturf (engl. für „Kunstrasen“). Es bezeichnet vermeintliche Graswurzel-Initiativen oder Verbände, die in erster Linie von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, politischen Interessengruppen oder PR-Firmen konzipiert und finanziert werden.

Anhand von Fallbeispielen analysieren wir, wie ökonomische Interessen mit den Mitteln der Zivilgesellschaft durchgesetzt werden sollen und diskutieren erfolgreiche Gegenstrategien.

Das Programm, alle weiteren Infos und Anmeldung unter: www.konzernprotest.de

Foto: Pixelio.de



Manoeuvres in the dark

Konzerne bedienen sich Spitzel zur Überwachung sozialer Bewegungen – ein Interview mit Jason Kirkpatrick

MitarbeiterInnen, die sich auf Mailinglisten als AktivistInnen ausgeben, das Durchforsten von Büromüll nach Informationen oder gar die Unterwanderung von Politgruppen durch Vollzeit-Agenten – Konzerne gestalten ihre Sicherheitspolitik nicht mehr nur reaktiv. Im Fokus privater Sicherheitsfirmen steht die Einschätzung des Risikos für Unternehmen, Ziel von Protesten zu werden sowie die Prävention. Zurückgegriffen wird dabei nicht nur auf öffentlich zugängliche Informationen, mit verdeckten Mitteln werden sogar Interna und Strategien relevanter Gruppen erhoben. Statt sich der Kritik sozialer Bewegungen in einer demokratischen Auseinandersetzung zu stellen, geht es den Unternehmen in erster Linie darum Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um so umstrittene Geschäftspraktiken ungestört fortzusetzen. Damit droht das Mundtotmachen kritischer Stimmen und die Manipulation der öffentlichen Debatte.

ROBIN WOOD: In den letzten Jahren sind verschiedene Fälle von Unternehmensspionage gegen aktivistische Zusammenhänge ans Licht gekommen. Etwas provokant gefragt: Haben Unternehmen nicht das Recht illegalen Aktionen, die sich gegen sie richten, zuvorzukommen und sie zu unterbinden?

Jason Kirkpatrick: Wenn wir über Unternehmensspionage in einem Staat reden, der auf einer verfassungsmäßigen Ordnung beruht, dann gibt es Grauzonen für Aktivitäten von Unternehmen. Anderes sollte jedoch ganz klar sein: Unternehmen sind angehalten, sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen zu bewegen – innerhalb des Rechtsstaats. Doch das Gegenteil ist oft der Fall.

? Worauf zielt Unternehmensspionage gegen soziale Bewegungen?

! Die Fälle, von denen wir wissen – insbesondere Unternehmensspionage gegen Umweltaktivismus – zielen klar auf den

Schutz der Interessen und des Gewinns der Unternehmen. Beobachten konnten wir das bei Umweltgruppen, deren Arbeit sich auf Ölfirmen konzentrierte.

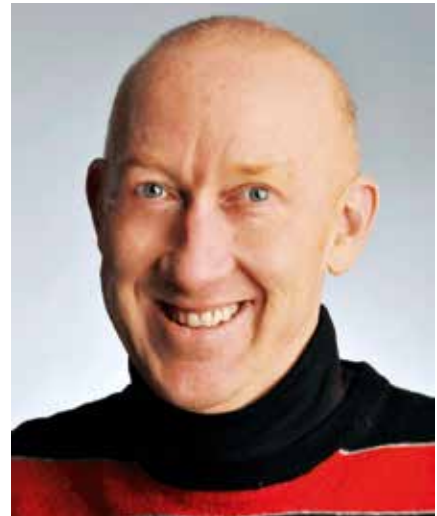
? Transnationale Konzerne argumentieren oft, die beauftragten Sicherheitsfirmen würden nur öffentlich zugängliche Informationen erheben. Die Sicherheitsfirmen wiederum erklären: Mailinglisten-Abonnements über Websites von Protestgruppen oder die Teilnahme an Sitzungen stünden der gesamten Öffentlichkeit frei. Das hieße: Es gibt keine illegale „Unterwanderung“ von Protestgruppen durch Unternehmen. Was ist dann das Problem?

! Nehmen wir an, eine Aktivistengruppe wird von einem Spitzel unterwandert – sei es ein staatlich bezahlter oder schlimmer noch, ein von Unternehmen beauftragter – so kann dieser Spitzel einfach nur da sitzen und zuhören. Etwas anderes ist es, wenn er selbst aktiv wird. Wiederholt haben Spitzel gezielt aktivistische Zusammenhänge gestört und schlussendlich versucht sie zu zerschlagen. Sie nutzen die „divide and conquer“-Strategie, teile und herrsche. Ein sehr bekannter Fall der letzten Jahre stammt aus Cardiff in Wales. Dort machte sich ein Spitzel den Umstand zunutze, dass bestimmte Argumente in Gruppendiskussionen die Front zwischen zwei Lagern verschärfte und machte deshalb diese Argumente stark. Schließlich zerschlug er so die Gruppe, die sich gegen den G8 organisierte.

„Es geht darum durch gezielte Aktivitäten zu stören oder gar zu spalten.“

? Woher stammen die angewandten Taktiken?

! Sie gehen zurück bis in die Zeit des Zars in Russland. Bereits 1921 thematisiert Victor Serge sie in seinem Buch „What everyone should know about state



Jason Kirkpatrick ist seit Ende der 1980er Jahre in sozialen Bewegungen aktiv. Er wirkte dabei an zahlreichen umwelt- und klimapolitischen Kampagnen mit und war im Rahmen des Netzwerks Dissent! an Protesten gegen die G8 beteiligt. Als Autor und Regisseur betreibt er das Projekt SpiedUpon.com, das sich mit dem Einsatz verdeckter Ermittler in der Umwelt- und Klimabewegung befasst. Über mehrere Jahre geriet Jason in den Fokus des britischen Undercover-Ermittlers Mark Kennedy. Jasons Wissen über das Agieren von Unternehmen und deren LobbyistInnen speist sich aus langjähriger Recherchearbeit in über 15 Ländern. In Kalifornien engagierte er sich als Vize-Bürgermeister der Stadt Arcata gegen Aktivitäten der Unternehmenslobby.

repression“. Im Rahmen des Programms ColIntelPro (Counter Intelligence Program – Programm zur Gegenaufklärung) wandte das FBI sie in den 1970er Jahren an, um die Black Panther zu zerschlagen. Mit dem Skandal um den britischen Polizei-Spitzel Mark Kennedy im Jahr 2011 zeigte sich, dass dieselben Taktiken noch immer Anwendung finden – angepasste Taktiken aus der militärischen Aufstandsbekämpfung, die nun für zivile und polizeiliche Zwecke gegen aktivistische Gruppen eingesetzt werden.

? Die meisten Fälle belegter Unternehmensspionage gegen soziale Bewegungen stammen aus den USA und Großbritannien. Wie weit ist diese Praxis darüber hinaus verbreitet? Finden wir sie auch in der Bundesrepublik?

! Sicherlich benötigen wir mehr Wissen darüber, was in Deutschland geschieht. Bislang ist hier wenig dokumentiert. Die Skandale der letzten Jahre um verdeckte Ermittler lehren, dass es Gesetze bedarf, die die Spitzelaktivitäten privater Unternehmen kontrollieren. Bis heute sind diese in Deutschland in keinerlei Weise geregelt. Wir müssen uns bewusst sein: Für staatliche Stellen wie Verfassungsschutz oder BKA gibt es – vermeintlich – Regeln und eine gewisse Kontrolle. Wenn aber ein Unternehmen einen Spitzel bestellt, um aktivistische Zusammenhänge ins Visier zu nehmen, so unterliegt das keinerlei staatlicher oder demokratischer Kontrolle. Das ist ein wesentliches Problem.

? Die meisten der Informationen über Unternehmensspionage wurden bislang eher „zufällig“ gewonnen. Sie waren das Ergebnis von Gerichtsverfahren, von einigen wenigen Whistleblowern oder von Fehlern der angeheuerteten Spitzel. Wie können wir mehr über die Praktiken in Erfahrung bringen?

Proteste gegen den Klimakiller Kohle waren in der Vergangenheit ein beliebtes Ziel von Spitzeln



Foto: ausgeCO2ht

! Bewegung, Politik und Medien sind angehalten, sich mehr mit dem Thema zu befassen. Aus anderen Ländern wissen wir, dass auch deutsche Konzerne gegen Bewegungen spionieren. Beispielsweise beauftragte E.ON in Großbritannien private Sicherheitsfirmen, um gegen die Klimabewegung vorzugehen. Wenn das Unternehmen dort zweifelhafte Taktiken anwendet, muss man sich fragen, ob es dies nicht ebenso in Deutschland tut. Solange es keine Gesetze gibt, die klare Regelungen schaffen und solange die Klimabewegung auch in Deutschland E.ONs Unternehmensgewinne bedroht, sollte man schlussfolgern, sie tun es auch hier.

? In den USA verschwimmt die Einstufung zwischen Aktivismus und Terrorismus seit September 2001 zunehmend. Die Debatte um sog. Öko-Terrorismus wird dabei gerade auch von Unternehmen vorangetrieben. Grund genug sich davor zu fürchten, dass Aktivismus auch hierzulande mehr und mehr als illegal und kriminell angesehen wird?

! Ja, es liegt auf jeden Fall im Interesse ebendieser Unternehmen Worte

„Wenn Unternehmen Spitzel bestellen, so unterliegen diese bislang keiner staatlichen oder demokratischen Kontrolle.“

zu verdrehen und Angst zu schüren, um Menschen von Umweltaktivismus fernzuhalten. Die breite Mehrheit der Öffentlichkeit in den USA setzt Sabotage mit Gewalt gegen Menschen gleich. Insbesondere Staat und Unternehmen treiben dort ein solches Verständnis voran. Der Wurf eines Farbeies gegen ein Unternehmen der Waffenindustrie würde beispielsweise in den USA bereits als gewalttätiger Angriff gewertet. In Deutschland – wo dies bei Demonstrationen gelegentlich geschieht – käme niemand auf die Idee einer solchen Einordnung, denn verletzt wird dadurch niemand. Wir müssen uns bewusst sein, dass Sprache sehr bedeutsam ist. Bewegungen dürfen nicht die Fähigkeit verlieren, über ihre Kämpfe zu bestimmen und darüber, wie sie definiert werden.

? Ist Unternehmensspionage eine Bedrohung für die Zivilgesellschaft?

! Die Fähigkeit von Unternehmen, zusammen mit der Politik hinter verschlossenen Türen die eigenen Interessen umzusetzen, hat eine lange Geschichte. Ein eindrücklicher Fall sind derzeit die Verhandlungen um das Freihandelsabkommen TTIP. In Deutschland kennt jeder das „Chlorhühnchen“. Es steht symbolisch für sozial und ökologisch höchst bedenkliche Vereinbarungen, die mit Geheimverhandlungen auf den Weg gebracht werden. Nur aufgrund der umfangreichen Proteste wurden die ersten Entwürfe des Handelsabkommens öffentlich. Die Menschen müssen weiter kämpfen, wenn sie demokratische Errungenschaften erhalten wollen.

Das Gespräch führte Philip Bedall, Energiereferent von ROBIN WOOD energie@robinwood.de

Weiterführende Literatur:

Victor Serge (1979): *What everyone should know about state repression*. London: New Park Publ.

Evelyn Lubbers (2013): *Secret manoeuvres in the dark. Corporate and police spying on activists*. London: Pluto Press.

Staat und Unternehmen: Protestmanagement Hand in Hand

Die Baku-Tbilisi-Ceyhan Pipeline – ein Rückblick

Bei wichtigen Großprojekten managen Unternehmen und Staaten den Protest gemeinsam. Ein gutes Beispiel dafür ist die BTC Pipeline, die Öl aus dem kaspischen Meer ans Mittelmeer transportiert. Betrieben wird sie von einem internationalen Konsortium unter Führung von BP. Die EU und die USA hielten sie aus Gründen der Energiesicherheit für unverzichtbar und der aserbaidchanischen Regierung festigt sie die Macht. Lokale und internationale Organisationen warnten vor ihrem Bau. Ein Blick zurück illustriert einige der Protestmanagement-Strategien.

In Aserbaidschan kam Heydar Alijew, Vater des aktuellen Präsidenten Ilham, in den 90er Jahren an die Macht. Alijew, ein alter KGB-Mann, misstraute Nichtregierungsorganisationen zutiefst. In der Sowjetrepublik Aserbaidschan hatte es sie nicht gegeben. Er begriff jedoch schnell, dass diese im Westen relativ anerkannt waren und ihm für seine Reputation nützlich sein könnten. Deshalb gründete seine Regierung in den folgenden Jahren zahlreiche „Nichtregierungsorganisationen“, deren einzige Aufgabe es war, das Regime im Land und international zu unterstützen.

Für die Baku-Tbilisi-Ceyhan (BTC) Pipeline war die Nutzung von NGOs ein wichtiges Mittel in der Auseinandersetzung. Eine Voraussetzung für den Bau von BTC war ihre Finanzierung durch internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (englisch EBRD). Die Finanzierung gestaltete sich jedoch schwierig, weil es lokalen Widerstand gegen die Pipeline gab, der international unterstützt wurde. Alijews Regime gründete kurzerhand eine „Aserbaidschanische NGO-Koalition zur Unterstützung von BTC“. Eine Art aserbaidchanische Form von „I love

S 21“. Kritische Organisationen schreiben z.B. einen Brief und setzen andere Organisationen als Unterstützer darunter? Können wir auch! Kurz vor der Entscheidung der EBRD über Kredite für das Projekt 2003 veröffentlichten aserbaidchanische Gruppen eine Stellungnahme, in der sie sich dringend für den Bau von BTC aussprachen. Unterzeichnet war das Dokument von Gruppen wie der Diabetes Gesellschaft, dem Verein der Hämophilie betroffenen, dem Bergsportclub und der Kickboxvereinigung. Jedoch fanden sich auch Gruppen, die einen tatsächlichen Bezug zur Pipeline hatten, etwa die Gewerkschaft der Ölarbeiter. Eine Nachfrage dort jedoch zeigte, dass die angebliche Unterzeichnerin nichts von ihrer Unterschrift wusste.

Kritiker neutralisieren

Wie wichtig solch öffentliche Unterstützung für die Geldgeber war, belegt die Autobiographie des ehemaligen BP Chefs John Browne, in der er beschreibt, wie er sich regelmäßig mit dem damaligen Weltbankchef James Wolfensohn austauschte. Eines Abends habe Wolfensohn ihn angerufen und gewarnt, dass er die Finanzierung für BTC nicht durchbekommen würde, weil der Druck von Umwelt- und Menschenrechtsgruppen zu stark sei. Browne schreibt, bittere Erfahrung habe ihn gelehrt, dass er solche Organisationen nicht ignorieren könne und mit ihnen diskutieren müsse.

Wie solche Diskussionen jedoch geplant wurden, enthüllt eine BP Präsentation von 2003 für MitarbeiterInnen von Behörden und Finanzinstitutionen, die AktivistenInnen durch eine Informationsfreiheitsanfrage erhielten. Dort wurden Organisationen, die sich kritisch mit BTC auseinandersetzten, eingeordnet nach „Beeinflussern“ und „Polarisierern“. Zu den „Beeinflussern“ wurden etwa Am-

Foto: Emma Hughes, Platform



Heydar Alijew, ehemaliger Präsident Aserbaidschans: Profi im Protestmanagement

nesty International, Greenpeace, Open Society Institute und der WWF gezählt. Mit diesen müsse man sich ernsthaft auseinandersetzen, aus Legitimations- und Reputationsgründen. Zu den „Polarisierern“ gehören kleinere radikalere Gruppen wie CEE Bankwatch, Friends of the Earth oder das Corner House. Mit ihnen solle nur „opportunistisch“ interagiert werden. Im Wesentlichen ging es darum, diese radikaleren Organisationen zu neutralisieren. Konkret hieß dies etwa, dass BP Programme des Open Society Institut in Aserbaidschan nur fördern wollte, wenn ausgesprochene KritikerInnen nicht involviert würden.

BP's Strategie gegenüber Weltbank und EBRD war erfolgreich, beide Institutionen finanzierten die Pipeline. Heydar Alijew gab seine Macht an seinen Sohn Ilham weiter, der bis heute in Baku – gestärkt durch Öleinnahmen – zunehmend autoritär regiert. Baku ist heute voll von GoNGOs (Regierungs-Nichtregierungsorganisationen), CoNGOs (Eine-Person-hinter-einem-Computer-Organisationen) und MaNGOs (Mafia-NGOs, die der Geldwäsche dienen).

Regime Richter, urgewald

Mehr Details dazu im Buch „The Oil Road“ von Platform London, die damals intensiv an der Kampagne beteiligt war. Dort wird auch aus Brownes Biographie „Beyond Business“ zitiert.